

30.09.11 / 26. Jg. Nr. 19

Viele Reden über die Euro-Krise, die eine Bankenkrise ist

Guten Tag!

Der jährlich stattfindende BDI-Tag der Deutschen Industrie in Berlin ist nicht nur ein Treffpunkt der Unternehmer aus ganz Deutschland. Die Attraktivität besteht darin, daß traditionsgemäß die Spitzenpolitiker (fast) aller Parteien hintereinander Reden halten und sich positionieren. Diesmal hatte ein ausländischer Gast die Möglichkeit, für sein Land zu punkten: S.E. George A. **Papandreou**, der Ministerpräsident Griechenlands. Mit lang anhaltendem Beifall wurde er von den Funktionären des BDI und seiner Mitgliedsverbände sowie von Gästen aus der Industrie begrüßt, und nach seiner Rede mit genauso lang anhaltendem Beifall verabschiedet. Das lag vielleicht daran, daß Papandreou seine Rede in fließendem Englisch hielt, und viele erfolgreiche Unternehmer wenig verstanden haben. Eine Simultanübersetzung gab es nicht. Hätte sie es gegeben, wäre der Beifall wohl geringer gewesen. Über Probleme hatte er wenig gesagt.

Papandreou punktete mit Barack **Obamas** „yes, we can“. Er wies auf das große Potential Griechenlands hin. Leider hätte sein Land aber seit zwei Jahren gegen eine Vertrauenskrise zu kämpfen. Griechenland betrachtet er nicht als ein armes Land, sondern es wäre ein „mismanaged country“ gewesen; was natürlich an seinen Vorgängern lag. Die EU habe zum Niedergang ebenfalls beigetragen. Einst habe man Agrarprodukte exportiert, als EU-Mitgliedsland aber wegen der Brüsseler Agrarpolitik importiert. Anscheinend hat das Land zu hohe Subventionen erhalten; doch das sagt er natürlich nicht. Aber er verspricht, weil man ohnehin bereits in der finanziellen Konsolidierung sei, daß man alles liefern werde, was man versprochen habe.

Von Papandreou wurde nicht erwähnt, was am Samstag davor in der englischen Financial Times zu lesen war. Der Finanzminister Evangelos **Venizelos** hatte Abgeordneten der Sozialisten gesagt, eine geordnete Zahlungseinstellung und ein Schuldenerlaß von 50% für Griechenland wäre das Beste. So hatte die Zeitung Ta Nea berichtet. Naturgemäß dementierte Venizelos seine Worte. Man wäre den Bedingungen der EU und des Internationalen Währungsfonds verpflichtet. Natürlich sprang ihm Papandreou bei. Er dürfte beim abendlichen Gespräch mit Angela **Merkel**, falls sie über die Worte von Venizelos informiert war, alles dementiert haben; denn am nächsten Tag, Donnerstag, war im Parlament die Abstimmung über den Rettungsschirm. Dafür hatten sich der BDI und die anderen Wirtschaftsverbände eingesetzt.

BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter **Keitel**, sprach dennoch in Gegenwart von Merkel teilweise Klartext. Er erinnerte daran, daß wir keine Euro-Krise haben, sondern eine Verschuldungskrise. Er wünsche sich Banken, die vor allem die Finanzierung der Realwirtschaft sicherstellen. Und an die Bundeskanzlerin appellierte er: „Lassen Sie uns Unternehmer in Ruhe an der Zukunft arbeiten“. Ob das möglich ist, scheint zweifelhaft zu sein, und zwar nicht nur wegen der Euro-Krise und Griechenland. Kurz zuvor hatte es schließlich die „Breslauer Erklärung“ der EU gegeben, nach der Länder mit Exportüberschüssen gemäßregelt werden können. Das wäre im Zweifel Deutschland. Keidel erhielt lauten und langen Beifall. *.Horst Kerlikowsky*

TICKER +++ BÖRSEN +++ FINANZMÄRKTE +++ WARENMÄRKTE +++ TICKER +++ BÖRSEN +++ FINANZ
Anlegern wird es immer bewußter, daß die Bankenkrise trotz der Aufkäufe von Staatsanleihen und großzügiger Geldversorgung an Dramatik zunimmt + Deshalb verkaufen viele Anleger Wertpapiere und decken sich mit liquiden Barmitteln ein + Aktien in Panik zu verkaufen, ist wohl nicht das Klügste; denn sie sind Sachwerte, die auch bei weiteren Kursverlusten und Währungsumstellungen langfristig immer einen Wert behalten haben + Große Aktiengesellschaften kommen meist gut durch Krisen +++

Staatsverschuldung

24.904 € Staatsschulden lasten auf jedem Bürger

Die staatliche Verschuldung, also Kreditaufnahme von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie gesetzliche Sozialversicherung und Extrahaushalten, ist 2009 auf 2.035,9 Milliarden € gestiegen. Das war gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von über 20%. Damit trägt jeder Bürger, also vom Baby bis zum Greis, einen Schuldenpaket von 24.904 € auf dem Buckel. Da von der Gesamtbevölkerung von circa 80 Millionen nur ungefähr die Hälfte aktiv Geld verdienen, müssen diese die doppelte Last tragen, also circa 50.000 €.

In Wirklichkeit ist die Verschuldung des Staates und damit der Bürger noch um das Vierfache größer; denn in den veröffentlichten Zahlen sind Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft nicht mit aufgeführt. Der größte Posten dabei sind Pensionsverpflichtungen. Dazu kommen die notwendigen Ausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 28.1119.21).

Nicht nur Deutschland wird jedes Jahr mehr Geld für Pensionäre und Rentner aufbringen müssen, sondern die meisten Länder, die mit einem verhältnismäßig hohen Lebensstandard immer weniger Kinder in die Welt setzten. Allerdings ist Deutschland finanziell fast am meisten betroffen. Wurden 2010 bereits fast 20% des Bruttoinlandprodukts für die Pensionäre und Rentner ausgegeben, so werden es 2050 bereits 30% sein. Griechenland übertrifft jedoch in der negativen Entwicklung bei weitem. Dort beansprucht gegenwärtig die Altersversorgung knapp 20%, wird aber auf über 35% steigen (Financial Times, London 17.1119.22).

EU-Perspektiven

Die Kommission sieht sich als Herrscher über 27 Länder

In den Diskussionen um den Euro und um die Rettungsschirme nutzt die EU-Kommission in Brüssel die Chance, ihre Macht auszuweiten und mehr Geld zu erhalten. Vor allem EU-Präsident José Emanuel **Barroso** argwöhnt, daß die Länder Deutschland und Frankreich, die am bevölkerungsreichsten sind und bei der Rettung der Krisenländer das meiste Geld zahlen sollen, seinen Machtbereich nicht genügend berücksichtigen. Dabei vergißt er wie alle Kommissare in Brüssel, daß sie keine demokratische Legitimation haben. Keiner von ihnen ist von der Bevölkerung gewählt worden. Das EU-Parlament, das so gerne als demokratische Einrichtung der EU vorgezeigt wird, hat, anders als gewählte Parlamente in den Mitgliedsländern, nur begrenzte Rechte.

In den letzten Tagen hat allerdings die EU-Kommission die EU-Parlamentarier vorgeschickt, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt und eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung bei den Staaten durchzusetzen. Darum wird nicht viel Wirbel gemacht; denn das Vorhaben ist höchst brisant. Nach den Plänen soll der Spielraum für Haushaltsdefizite von Mitgliedsländern geringer werden. Warum das neu geregelt werden muß, ist kaum nachzuvollziehen; denn es gibt nach den Maastrichter Verträgen Grenzen bei der Verschuldung; doch der Maastricht-Vertrag wurde von vielen Ländern, auch Deutschland und Frankreich, gebrochen. Der Skandal der neuen Regelung ist, daß Länder, deren Leistungsbilanz zu hohe Defizite oder zu hohe Überschüsse ausweisen, mit Sanktionen rechnen müssen. Im Klartext: Deutschland, das im Export besonders erfolgreich ist und dadurch hohe Handelsbilanzüberschüsse erreicht, würde wegen zu großer Exporterfolge Sanktionen zu erwarten haben. Die Bundesregierung scheint das zu akzeptieren (EU-Nachrichten, Berlin 22.1119.23).

Die von der EU-Kommission jetzt vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer ist ein zweites Beispiel, wie Brüssel sich Macht anmaßt und dabei die eigenen Einnahmen erhöhen will. Die Steuer würde auf alle zwischen Finanzinstituten durchgeführte Transaktionen mit Finanzinstrumenten erhoben werden, sofern mindestens eine Transaktionspartei in der Europäischen Union ansässig wäre. Erhofft werden von Brüssel dadurch über 55 Milliarden € Einnahmen pro Jahr, von denen die EU-Kommission einen beträchtlichen Batzen für sich vereinnahmen will. Die Steuer wird letztlich von den Bankkunden und nicht den Banken gezahlt werden. Zudem werden nach Erfahrungen in Schweden nach der Einführung einer solchen Steuer die Umsätze drastisch zurückgehen. Damit würde den Finanzmärkten Liquidität verloren gehen, die besonders in Krisenzeiten dringend gebraucht wird. Es ist außerdem zweifelhaft, ob Länder außerhalb der EU eine solche Steuer erheben (EU-Kommission, Berlin 28.1119.23 / Börsen-Zeitung, Frankfurt 29.1119.24).

Machtverschiebung

Die frühere Kolonie Angola kauft sich in Portugal ein

Das EU-Land Portugal, mehr oder weniger pleite und unter den Rettungsschirm der Euro-Länder geschlüpft, erhält Entlastung durch seine frühere Kolonie Angola. Erst 1961 ist das afrikanische Land nach einem Aufstand gegen Portugal unabhängig geworden. Es folgten Stammeskämpfe und blutige politische Auseinandersetzungen, was viele Angolaner nach Portugal fliehen ließ.

Die Auseinandersetzungen brachten letztlich Eduardo **dos Santos** an die Macht. Er ist heute Regierungschef und Oberkommandierender der Republik Angola. Er und seine Partei waren eingebunden in die kommunistisch-sozialistische Welt. Schließlich hat dos Santos einst in der UdSSR studiert. Das erklärt die frühere enge Partnerschaft mit der DDR. Tausende Angolaner kamen als Gastarbeiter nach Ostdeutschland. Es gab zudem eine enge politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit der Länder (siehe ETAGE MediaSelection 14/11).

Das Glück ist dos Santos hold. In Angola wurde Erdöl gefunden. Mit einem Kredit Chinas von 14,5 Milliarden \$ wurden Exploration und Förderung vorangetrieben, so daß Angola heute in Afrika das zweitgrößte Förderland nach Nigeria ist. Entsprechend nimmt das Wirtschaftswachstum zu. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für dieses Jahr mit einem Wachstum von 7,8% und von 10,5% in 2012. Mit dem Ölreichtum strömen Portugiesen ins Land, die in ihrer Heimat keinen Job finden, aber in Angola dringend gebraucht werden. 2007/08 waren in Angola 45.000 Portugiesen ansässig, ein Jahr später bereits 92.000.

Mit Öl-Geld fließen nun Investitionen von Angola nach Portugal. Die 32 Jahre alte Tochter von dos Santos, Isabel, verhandelt über den Kauf der Banco Português für 58 Millionen \$. Der Verkauf der portugiesischen Bank war von dem IWF zur Bedingung gemacht worden, damit Portugal unter dem EU-Rettungsschirm 113 Milliarden \$ erhält. Die Investment-Firma der angolanischen Ölgesellschaft Sonangol hält bereits 12% der größten an der Börse gehandelten portugiesischen Bank Millennium BCF und versucht, eine Beteiligung an dem Versorgungsunternehmen GALP zu erhalten. Anfang des Jahres hatte Sonangol bereits die in Afrika tätige Minen- und Immobiliengesellschaft ESCOM gekauft.

Isabel dos Santos hat weitere Beteiligungen erworben, unter anderem knapp 10% der Anteile der Banco Português de Investimento (BPI), der wiederum Angolas Banco Pomento de Angola (BFA) gehört, und Beteiligungen an anderen Banken hat. Zusätzlich besitzt Isabel dos Santos den portugiesischen TV-Kabelsender ZON Multimedia und die Supermarkt-Kette Sonae, die sich in Angola etablieren soll. Das ist nur ein Auszug der Käufe von Isabel dos Santos (The Economist, London 24.11.19.31).

Konsumenten-Umfrage

Die Deutschen wollen Kürzer treten

Die Euro- beziehungsweise Bankenkrise verunsichert immer mehr die Verbraucher. Das wirkt sich auf ihr Konsumverhalten aus. Zwei von drei Befragten (66%) wollen in den nächsten Monaten verstärkt ihr Geld zusammen halten. Dafür verzichten sie vor allem auf Freizeitaktivitäten. An erster Stelle der Sparvorhaben stehen Restaurantbesuche. 46% derjenigen, die künftig intensiver auf ihre Geldausgaben achten, planen seltener Essen zugehen. Der Gang in Kneipen und ins Kino wollen 40 bzw. 35% einschränken.

Im Sparprogramm folgen weniger Kinobesuche (34,8%), Wellness (33,9%), Reisen (33,6%), Käufe von Unterhaltungselektronik (32,2%), Bekleidung (31,4%), Autokauf (28,6%), Zigaretten (26,7%) und Bücher (17,8%). Größere Investitionen will jeder Vierte verschieben. In dem Sparverhalten zeigt sich die Furcht vor einer negativen Wirtschaftsentwicklung. 56% geben an, etwas Angst vor einer Rezession zu haben, weitere 13% fürchten sich sogar stark davor. Allerdings wissen viele Befragte nicht, was eine Rezession ist. 37% der Befragten könnten aus dem Stegreif das Wort nicht erklären (Faktenkontor, Hamburg 28.11.19.32).

Banker dürften das Wort Rezession leichter erklären und lockerer damit umgehen können. Bei der Deutschen Bank verdienen die Mitarbeiter 2010 im Durchschnitt 132.700 €. Der deutsche Bankchef Josef **Ackermann**, der mangelnde Profitabilität beklagt, könnte vielleicht durch Sparen an Gehältern die Gewinne locker wieder hochfahren (Financial Times, Hamburg 09.11.19.33).

Gesundheit

15 Minuten Sport und man lebt 3 Jahre länger

Täglich eine Viertelstunde moderat betriebener Sport verlängert das Leben um drei Jahre. Das beweist eine taiwanesisch-amerikanische Studie, für die 416.000 Taiwanesen 12 Jahre beobachtet wurden. Es zeigte sich, daß viele Erkrankungen nicht ausbrechen. So soll der moderate tägliche Sport das Krebsrisiko um 14% vermindern (Le Monde, Paris 20.1119.41).

Luxus

Eine Flasche Scotch für 200.000 Dollar

Die Zeiten sind vorbei, in denen die reichen Onkels aus Amerika in Europa Luxus-Geschäfte und Auktionshäuser für Luxusgüter leer kauften. Der Dollar ist eben weniger wert. Die Europäer halten sich ohnehin immer mehr zurück, wenn es um Luxus geht, könnte man doch eine negative Presse haben. Ohnehin sind die Zeiten der Eurokrise nicht dafür angetan, viel Geld für Luxus auszugeben. Das tun dagegen Asiaten mit zunehmender Begeisterung. Rekordpreise für Wein und Champagner werden zumeist in Hongkong erzielt.

En vogue ist neuerdings für Chinesen Scotch Whisky. Anonym wurde eine 62 Jahre alte Flasche Dalmore Scotch für 200.000 \$ verkauft. Sie war in einem Glasgehäuse sechs Monate im Flughafen Changi in Singapur zu sehen. Für die Financial Times in London (17.1119.42) ist das ein weiteres Zeichen, wie das Kapital inzwischen vom Westen nach Asien fließt. Im letzten Jahr wurden für 716 Millionen Britische Pfund (930 €) Whisky-Flaschen nach Asien exportiert. Die Verlagerung des Reichtums von West nach Ost zeigt sich auch daran, daß die Dalmore Distillery im Mai 2007 von dem indischen Geschäftsmann und Politiker Vijay **Mallya** gekauft wurde. Er glaubt, die Whisky-Preise werden weiter steigen.

Verkehr

Carsharing wird populär

Die Automobil-Industrie muß sich auf zwei Ebenen umstellen. Wurde von den Herstellern auf der Internationalen Automobilausstellung (IAA) zwar viel über Elektro-Autos geredet und wurden viele Fahrzeuge mit Elektro-Motoren vorgestellt, so wird deren Herstellung in Großserien erst nach 2020 erfolgen können – trotz der Steuergelder, die von der Regierung Angela **Merkel** in die Kassen der Großkonzerne fließen.

Schneller wird die Automobilindustrie sich auf das sich ändernde Verhalten der Autofahrer einstellen müssen. Gerade in den Großstädten, in die immer mehr Leute ziehen, wird weniger auf den Prestige-Faktor geachtet, sondern man fährt vermehrt kleinere und damit billigere Autos, die man auch gut parken kann. Für viele ist inzwischen der Autobesitz eine Belastung, die man leicht umgehen kann. Carsharing heißt die neue Welle, auf die sich Hersteller einstellen müssen.

130 Carsharing-Unternehmen mit etwas 5.000 Fahrzeugen spüren eine geradezu explodierende Nachfrage. Die Zahl der Carsharing-Nutzer stieg dieses Jahr gegenüber 2010 bereits um 20% auf 190.000. Jedes Auto wird im Durchschnitt von 38 Fahrern genutzt. Diese Entwicklung hat die Autohersteller aufgeschreckt und einige veranlaßt, selbst Carsharing anzubieten. Daimler wirbt für „Car2Go“, BMW mit „Drive Now“ und Volkswagen mit „Quicar – Share a Volkswagen“. Das ist eine Chance, für ihre Angebotspalette bei Autofahrern zu werben (Verband der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt 22.1119.43).

Schluß-Punkt

Die Zukunft beunruhigt uns, die Vergangenheit hält uns fest, deshalb entgeht uns die Gegenwart (Gustave Flaubert)

ETAGE Media Selection

Herausgeber und verantwortlich: Dr. Horst Kerlikowsky
Spielhagenstraße 9 D-10585 Berlin
Postfach 120514 D-10595 Berlin
Tel. 030-327 5210 / Fax 030 / 327 5367
Telefon / Fax München 089 / 39 02 12

E-Mail: MediaSelection@t-online.de www.etage-media-selection.de

Probeabonnement: 6 Ausgaben inkl. Postversand 24 Euro, E-Mail-Versand 20 Euro; Jahresabonnement mit 26 Ausgaben in 12 Monaten inkl. Postversand im Inland u. Geltungsbereich des Eurobriefs 128 Euro, per E-Mail 108 Euro; ISSN 0934-4217